



Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V.
Regionalverband Stuttgart

Kreisverband Stuttgart e.V.
Rotebühlstraße 86/1



Herrn Oberbürgermeister

Fritz Kuhn

Marktplatz 1

70173 Stuttgart

Stuttgart, den 6.10.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ihre Erwiderung auf unseren Brief haben wir in der Zeitung am 12.9.2017 gelesen. Wir sehen diese Pressemitteilung eher als Bestätigung denn als Widerlegung unser Vorwürfe. Es ist allgemein verbreiteter Brauch durch Nichtbeantworten von Fragen, durch Teilinformationen und Weglassen wichtiger Details die Bevölkerung irrezuleiten.

Wir möchten in diesem Schreiben von Ihnen eindeutige Antworten auf die von uns gestellten Fragen:

- 1) Von der Autoindustrie wird behauptet, das Update bringe bis zu 30%. Wir haben von Ihnen keine Studie benannt bekommen, die diese Zahl belegt. Wie die Sozialdemokraten (StZ, 7.9.2917) fordern wir, dass die Autoindustrie rasch die Wirksamkeit der von ihr angebotenen Software-Updates nachweist. Sollte ein Oberbürgermeister sich auf Aussagen verlassen, die nicht wissenschaftliche nachgewiesen sind?
- 2) Das Software-Update wird von ausländischen Automobilherstellern nicht mitgetragen. Damit reduziert sich die Wirkung des Software-Updates auf die Luftschadstoffreduzierung in belasteten Städten beträchtlich. Wird die Bevölkerung darüber informiert?

- 3) Das Software-Update ist freiwillig. Es kann Verbrauch und Leistung verändern. Die Hersteller geben keine Garantie, dass es bei diesen Größen Veränderungen gibt. Unter normalen, rechtstaatlichen Bedingungen würde solch ein Auto die Typenzulassung verlieren. Warum weisen verantwortliche Politiker nicht auf dieses Risiko hin?
- 4) Unsere Nachfrage zu den Aussagen der Präsidentin des Umweltbundesamtes und von Richter Kern wurde nicht erwähnt, bzw. nicht beantwortet. Deswegen wiederholen wir sie:

„In den wahrscheinlichsten Szenarien liegt die Minderung demnach etwa zwischen zwei Mikrogramm (Mainz) und fünf Mikrogramm (München).“ Stuttgart hat ähnliche Verhältnisse wie München. Maria Krautzberger, die Präsidentin des UBA zieht folgendes Fazit:

„Für fast 70 deutsche Städte reichen die Maßnahmen voraussichtlich nicht aus, um die Atemluft unter den Grenzwert von maximal 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid im Jahresmittel zu senken. Nur in rund 20 Städten, die derzeit knapp über dem Grenzwert liegen, werden die Beschlüsse des Diesel-Gipfels dazu führen, die seit 2010 geltenden EU-Grenzwerte endlich einzuhalten.“ (vollständige PM im Anhang)

Falls Ihnen diese Studie nicht bekannt sein sollte, verweisen wir auf die mündliche und schriftliche Urteilsbegründung im Prozess DUH gegen Land Baden-Württemberg. Bei diesem Prozess war die Stadt Stuttgart Beigeladene, sodass der Oberbürgermeister sicher über die Sachlage informiert ist. Richter Kern stellte fest:“ Der Planbehörde ist die unzureichende Wirkung der Nachrüstung bekannt (nach Aussage der Gutachter des Landes höchstens –7% NOX-Emissionsminderungspotential im Stadtgebiet Stuttgart); in voller Kenntnis dieser unstreitbaren Sachlage verstößt sie gegen ihre gesetzliche Verpflichtung, den gesetzeswidrigen Zustand so schnell wie möglich zu beenden.“

In der schriftlichen Begründung heißt es (S.84f.)

Davon geht auch der Beklagte aus, dessen Vertreter in der mündlichen Verhandlung selbst eingeräumt haben, dass mit der „Nachrüstlösung“ eine Einhaltung der überschrittenen Immissionsgrenzwerte nicht erreicht werden kann, sondern hierfür die „Blaue Plakette“, also das in M1 beschriebene Verkehrsverbot erforderlich ist.

- 5) Die Öffentlichkeit wird nicht über unsere Feststellung informiert, dass die Planbehörde überhaupt nicht beabsichtige, die Grenzwerte vor 2020 einzuhalten. Dazu heißt es in der schriftlichen Begründung zum DUH Urteil: (S.91):

Die Planbehörde ist bei der bereits vorliegenden Überschreitung der Immissionsgrenzwerte daher weder befugt, die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes Stuttgart, noch die Umsetzung der darin zur schnellstmöglichen Einhaltung der Immissionsgrenzwerte festzulegenden Luftreinhaltemaßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, um den vorherigen Ausgang freiwilliger Aktivitäten Dritter abzuwarten.

Abschließend noch eine Anmerkung zum klimafreundlichen Diesel im Zusammenhang mit der IAA.

Der Ministerpräsident aber auch viele weitere Politiker verbreiten den Mythos, der Diesel werde gebraucht, weil er das Klima schütze. Als Verbraucher wird man immer etwas misstrauisch, wenn die Industrie behauptet, dass sie das Klima schützen wolle. Auf der IAA gibt es ein Festival von Off-Road- Geländewagen b zw. SUVs, für die es gar kein Off-Road-Gelände gibt, der Spiegel nennt sie Protzbrocken, z.B. den Bentley [Bentayga](#) - 608 PS, 5,14 Meter Länge, 2,4 Tonnen Leergewicht, der porsche Cayenne, 4,92 Meter Länge in der Version Cayenne Turbo mit Vierliter-V8-Biturbo-Motor, 550 PS Leistung und 286 km/h Höchstgeschwindigkeit oder der Mercedes Sportwagen AMG Project One, mit 1200 PS und 370 km/h Spitzengeschwindigkeit. Müssen diese Autos eigentlich Grenzwerte einhalten?

„Die von den Autoherstellern vielbeschworenen Diesel der neuesten Abgasnorm Euro 6d sind auf der diesjährigen Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt am Main nicht präsent. Darauf macht der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) infolge einer eigenen Recherche an den Messeständen der deutschen Hersteller aufmerksam.

Demnach sind Fahrzeuge der Abgasnorm Euro 6d, die unter den neuen, realistischeren Bedingungen getestet und typzugelassen wurden, unter den ausgestellten Diesel-Pkw nicht zu finden. "Kunden, die sich darauf verlassen, dass neue Diesel sauber sind, werden weiterhin betrogen. Und Politiker, die die Mär vom sauberen Diesel verbreiten, machen sich zu Erfüllungsgehilfen der Autolobby", sagte Hilgenberg.“

Warum schweigen der Ministerpräsident und der Oberbürgermeister der Feinstaubhauptstadt Stuttgart zu diesem Umweltskandal?

Wir werden auch dieses Schreiben an die Medien weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bund:

Gerhard Pfeifer, Geschäftsführer BUND-Regionalgeschäftsstelle Stuttgart

Rotebühlstr. 86/1 70178 Stuttgart Tel.:Fon 0711 6197040

E-Mail: gerhard.pfeifer@bund.net

Für das KUS (Klima- und Umweltbündnis Stuttgart):

Manfred Niess, Kernerstraße 22 B, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 – 297082

E-Mail: MNiess@t-online.de